

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Kreisausschusses am 30. März 2006

Anwesend:

Der Vorsitzende

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Beginn der Sitzung:

18.00 Uhr

Ende der Sitzung:

18.25 Uhr

Die Kreisausschussmitglieder

Dahlmanns, Erwin, Gangelt

Derichs, Ralf, Erkelenz

Düsterwald, Wilhelm, Hückelhoven

Eßer, Herbert Konrad, Heinsberg, als Vertreter

für Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg

van den Eynden, Franz, Gangelt, als Vertreter

für Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht

Fürkötter, Franz-Josef, Übach-Palenberg

Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz

Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven (außer TOP 5)

Laumanns, Erich, Erkelenz

Dr. Leonards-Schippers, Christiane, Hückelhoven

Meurer, Maria, Erkelenz

Paffen, Wilhelm, Heinsberg, als Vertreter für

Lausberg, Leonard, Heinsberg

Reyans, Norbert, Selfkant

Schlömer, Klara, Wegberg

Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg

Skottke, Wolfgang, Heinsberg

Es fehlen entschuldigt

Lausberg, Leonard, Heinsberg

Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg

Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht

Jüngling, Liane, Übach-Palenberg

Von der Verwaltung

Kreisdirektor Deckers

Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß

Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöpgens

Kreisverwaltungsdirektorin Machat

Kreisrechtsdirektor Nießen

Kreisoberverwaltungsrat Kremers

Kreisrechtsrätin Ritzerfeld

Der Kreisausschuss des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im kleinen Sitzungssaal des Kreisverwaltungsgebäudes in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Rettungsdienst und Katastrophenschutz; hier: Kooperationsvereinbarung „Eumed-Ambu“ zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein
2. Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005
3. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009
4. Bericht des Landrats

Nichtöffentliche Sitzung:

5. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Wasserlaboratorien Roetgen GmbH über die Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH
6. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an der regionetz GmbH über die EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH

...

7. Abschluss von Verträgen zur Weiterentwicklung der EDV in der Kreisverwaltung
8. Beschaffung von medizintechnischer Ausrüstung für den Rettungsdienst des Kreises Heinsberg
9. Ernennungsvorschläge für das Jahr 2006
10. Genehmigung einer Dienstreise
11. Bericht des Landrats

Vor Eintritt in die Beratung stellt Landrat Pusch die allen Mitgliedern vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Rettungsdienst und Katastrophenschutz;

hier: Kooperationsvereinbarung „Eumed-Ambu“ zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein

In seiner Sitzung am 19. Dezember 2005 hat der Kreistag des Kreises Heinsberg den „Bedarfsplan 2005“ für den Rettungsdienst des Kreises Heinsberg beschlossen.

Der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Heinsberg beschreibt im Abschnitt VIII Inhalte zur interkommunalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungsdienst und in der medizinischen Katastrophenhilfe wurde in der Zeit von April 2002 bis April 2003 ein Pilotprojekt durchgeführt. Diesbezüglich wurden Grundzüge in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Behörden festgelegt, die in der Regio Aachen und der niederländischen Veiligheidsregio Süd-Limburg für die medizinische Hilfeleistung im Notfall zuständig sind.

Durch einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den belgischen und niederländischen Partnern in verschiedenen Arbeitsgruppen hat sich trotz der unterschiedlichen Systeme eine gute Zusammenarbeit entwickelt.

Als äußeres Zeichen der guten Zusammenarbeit soll die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 30.03.2006 zugesandte Vereinbarung in naher Zukunft von den Verantwortlichen für den Rettungsdienst und den medizinischen Katastrophenschutz der Provinz Lüttich, der GGD Süd-Limburg (NL), der Stadt Aachen sowie den Kreisen Aachen, Düren und Heinsberg unterzeichnet werden.

Wesentliche Grundlage der Vereinbarung ist der gemeinsam erarbeitete Einsatzplan „Eumed-Ambu“, der die operationellen Abläufe (z. B. Bestimmung von sog. Lotsenstellen und Sammelräumen) bei der nachbarschaftlichen rettungsdienstlichen Hilfeleistung regelt.

Der Rat der Stadt Aachen und der Kreistag des Kreises Aachen haben dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung bereits zugestimmt.

Zur Anregung von Ausschussmitglied Schreinemacher, Sprachkurse für Rettungsdienstkräfte anzubieten, teilt die Verwaltung mit, dass dies – analog der bereits durchgeführten Sprachangebote für Verwaltungskräfte von deutschen und niederländischen Behörden - bei Bedarf durchaus möglich sei.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, dem Abschluss der im Entwurf vorliegenden Kooperationsvereinbarung Eumed-Ambu zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung im Großschadensfall in der Euregio Maas-Rhein zuzustimmen.

Tagesordnungspunkt 2:

Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005

Die Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005 schließt mit den aus der Anlage ersichtlichen Beträgen ab.

Die Jahresrechnung ist zunächst dem Kreistag zuzuleiten. Der Beschluss über die Jahresrechnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem der Rechnungsprüfungsausschuss seine Prüfung abgeschlossen hat.

Im Zusammenhang mit den Jahresabschlussarbeiten hat sich die Notwendigkeit zu einer weiteren Haushaltsüberschreitung bei der Haushaltsstelle 482.78300 (Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende) in Höhe von 612.076,53 € ergeben. Die Finanzierung der Mehrausgabe war durch die Vereinnahmung der Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes im Verwaltungshaushalt nach Fortfall der investiven Bindung dieser Mittel gewährleistet. Da diese Haushaltsüberschreitung in der Liste der Haushaltsüberschreitungen 2005, die dem Kreistag bereits am 21.02.2006 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, nicht enthalten war, ist sie dem Kreistag noch zur Kenntnis zu bringen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig,

- a) die Jahresrechnung 2005 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zuzuleiten und
- b) die Haushaltsüberschreitung von 612.076,53 € bei Haushaltsstelle 482.78300 (Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende) zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 3:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009

Die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Investitionsprogrammes wurden am 21.02.2006 in den Kreistag eingebracht und vom Kreistag zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

Der 1. stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Reyans teilt mit, dass seine Fraktion der Haushaltssatzung und dem Investitionsprogramm zustimmen werde. Sowohl SPD-Fraktionsvorsitzender Fürkötter als auch FDP-Fraktionsvorsitzender Schreinemacher weisen auf den Beratungsbedarf in ihren Fraktionen hin, sodass man sich bei der heutigen Abstimmung enthalten werde. Die Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Meurer, erklärt, dass ihre Fraktion nicht zustimmen werde.

Fraktionsvorsitzender Fürkötter beantragt seitens der SPD-Fraktion, zum Ausbau der Schulsozialarbeit an den Berufskollegs des Kreises an den Standorten Erkelenz und Geilenkirchen den Personalkostenansatz (SN 1) um jeweils 0,5 Stellen im Unterabschnitt 407, und zwar von insgesamt 2.904.100 € auf 2.960.116 €, zu erhöhen. Die Mehrkosten sollen im SN 1 auf die Haushaltsstellen 1.999.41000 (BeamtInnen) bis 1.999.45000 (Beihilfen) entsprechend verteilt werden.

In der anschließenden Abstimmung wird der Antrag der SPD-Fraktion vom Kreisausschuss mit 7 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss sodann dem Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen, der Haushaltssatzung 2006 in der im Entwurf vorliegenden Fassung zuzustimmen. Mit gleichem Abstimmungsergebnis empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Annahme des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht des Landrats

a) Regionalstelle "Frau und Beruf"

Landrat Pusch teilt Folgendes mit:

„Ich möchte Sie an dieser Stelle kurz über die aktuelle Situation bezüglich der Weiterführung der Regionalstelle "Frau und Beruf" beim Kreis Heinsberg informieren.

Ende Dezember wurde der Kreis durch das zuständige Landesministerium darüber informiert, dass der Haushaltsentwurf 2006 für den Kreis Heinsberg eine maximale Landesförderung in Höhe von 53.451 € vorsehe. Dieses entspricht dem Förderbetrag für das Jahr 2005 in Höhe von rd. 64.425 € abzügl. einer Kürzung von 20 %.

Anhand dieser Zahl wurde dann in Zusammenarbeit mit dem Amt für Schule, Kultur und Weiterbildung und dem Jugendamt eine Konzeption zur Weiterführung der Regionalstelle "Frau und Beruf" erarbeitet und ein entsprechender Förderantrag gestellt. Durch die Unterstützung der Regionalstellenmitarbeiterin durch Bedienstete der vorgenannten Ämter sowie des Haupt- und Personalamtes sind unverändert Bedienstete mit einem Stellenvolumen von insgesamt 1,5 Stellen für die Regionalstelle tätig.

Mit Bescheid vom 23. Februar 2006 wurde dann eine Zuwendung in Höhe von 26.725,50 € durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen bewilligt. Die andere Hälfte der Zuwendung soll nach endgültiger Verabschiedung des Landeshaushalts bewilligt werden.

Ich gehe somit davon aus, dass die Regionalstelle "Frau und Beruf" ihre erfolgreiche Arbeit im Kreis Heinsberg auch im Jahr 2006 fortführen kann.

b) Finanzielle Auswirkungen von Hartz IV

Nach dem vorläufigen Rechnungsergebnis für das Jahr 2005 und unter Berücksichtigung der Wohngelderstattung des Landes und der Leistungsbeteiligung des Bundes von 29,1 %, beträgt der Mehraufwand des Kreises Heinsberg durch Hartz IV 13.944.756 €. Unter Berücksichtigung der Gesamtentlastung bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden (Wegfall der 50-prozentigen Kostenbeteiligung an den Sozialhilfearaufwendungen sowie Personalkostenerstattung für das an die ARGE abgestellte Personal) ergibt sich eine kreisweite Entlastung von ca. 100.000 €.

Die Auswirkungen für die einzelnen kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Gegenüberstellung der anteiligen Belastung nach den Kreisumlage-Grundlagen 2005 und der Entlastung durch Wegfall der 50-prozentigen Kostenbeteiligung an den Sozialhilfearaufwendungen sowie der Personalkostenerstattung sind sehr unterschiedlich; es gibt Gewinner- und Verlierergemeinden. Die Städte Übach-Palenberg und Hückelhoven, die aufgrund der hohen 50-prozentigen Kostenbeteiligung an den Sozialhilfearaufwendungen in den Vorjahren einen Härteausgleich erhielten, haben eine spürbare Entlastung zu verzeichnen.“